

Der Freisinn



Nr. 4
April 1990
12. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Zeitschriften
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Schuldenlasten, Schuldgefühle
und weltkirchliche Gerechtigkeitsthesen

Welche neue Weltwirtschaftsordnung?

Niemand leugnet, dass die Verschuldung vieler Entwicklungsländer ein weltwirtschaftliches Gegenwartsproblem von grosser Tragweite ist. Gross ist dann die Neigung, aus den Schuldenlasten der Dritten den Anlass zu Schuldgefühlen der Ersten Welt abzuleiten. Damit verbindet sich die pauschale Forderung nach einer «neuen Weltwirtschaftsordnung».

Unlängst ist davon auch an der «Weltversammlung» die Rede gewesen, die der «Ökumenische Rat der Kirchen» (mit Sitz in Genf) in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul veranstaltet hat. Sie stand, wie schon die grosse Pfingstversammlung 1989 der christlichen Kirchen Europas in Basel, unter dem Motto «Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung» (GFS). Am Ursprung dieser zeitgeschichtlich verstandenen Losung findet man den deutschen Physiker und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, von dem auch der Kernbegriff einer ökologisch begründeten «Weltkase» stammt.

Interessengegensätze

Von der GFS-Versammlung in Seoul ist berichtet worden, sie habe während ihrer (nur) einwöchigen Dauer keine hinreichend gründliche Arbeit zu leisten oder wirklich «operationale» Schlussfolgerungen hervorzubringen vermocht. Auch seien unerwartet deutliche Interessengegensätze nord-südlicher Art

aufgebrochen. Die Delegationen der Dritten Welt hätten zu verstehen gegeben, dass sie den reichen Norden – namentlich Europa und Amerika – für die friedensbedrohenden Ungerechtigkeiten weiterhin in erster Linie verantwortlich machten und die Bewahrung der Umwelt – eben der Schöpfung – lediglich als drittrangiges Problem erkennen könnten.

Andererseits waren aber europäische Stimmen zu vernehmen, die es ablehnten, Gut und Böse schablonenhaft zwischen Süd und Nord aufzuteilen; für Korruption und Misswirtschaft in der Dritten Welt trage diese wohl ebenfalls ihren Teil der Verantwortung.

Soziale Marktwirtschaft

Dennoch fand man sich zu Resolutionen zugunsten eines Weltwirtschaftssystems und einer Wirtschaftspolitik, bei denen, wie es abstrakt genug hiess, der Mensch im Mittelpunkt stehen und Gerechtigkeit herrschen müsse. Doch welcher Art sollen entsprechende Re-

formen sein? Das blieb reichlich im dunkeln.

Indessen: Ist es nicht die liberale, die marktwirtschaftliche Ordnung, die ungezählte Nachweise ihrer Überlegenheit über alle Varianten kollektivistischer Art zu liefern vermag? Ist es nicht gerade der freiheitliche Weg, auf den sich die osteuropäischen Reformstaaten nach vier Jahrzehnten sozialistischer Unterdrückung nun begeben haben? Ist es «gerecht», der liberalen Ordnung zu unterstellen, sie missachte die Belange des Menschen? Ist die humanistische Substanz der Aufklärung als der Wurzel des Liberalismus zu leugnen? Hat sich nicht die soziale Marktwirtschaft neuzeitlicher Prägung dem Menschen dienstbar gemacht?

Dauerhafte Hilfe

Solchen Fragen ist auch dann nicht auszuweichen, wenn man die Überwindung der nord-südlichen Spannungen auf einen bedingungslosen Schuldenerlass zugunsten der Dritten Welt glaubt verkürzen zu können. Es mag populär sein, zum Beispiel den Internationalen Währungsfonds als «neuen Unterdrücker» schlechthin zu brandmarken, weil er die Ablösung und die Erneuerung von Darlehen an Schuldnerländer an wirtschaftspolitische Auflagen zu knüpfen pflegt. Aber seine Politik ist ja eben darauf gerichtet, solche Länder wieder dauerhaft kreditfähig zu machen, um die nord-südlichen Kapitalströme zu ihrem Nutzen zu reaktivieren.

Dies gelingt um so überzeugender, je eindeutiger sich auch in der Dritten Welt Ordnungselemente wie Eigentumsrechte, Wettbewerb, Privatinitiative, Zivilvertragsrecht und Geldwertstabilität durchsetzen.

Am Parteitag in Glarus stehen EG 92
und die Sicherheitspolitik zur Debatte

Blick nach vorn: Was kostet Europa?

1936 wurde die sogenannte Wehranleihe vom Schweizervolk massiv überzeichnet, und 1938 billigte der Völkerbund unserem Land zu, bei Sanktionen gegen andere Staaten nicht mehr mitmachen zu müssen. Seither galten die Maximen «wehrhaftes Volk» und «integrale Neutralität», ohne ernsthaft hinterfragt zu werden. Wie weit sind angesichts der Entwicklung in Ost- und Westeuropa heute Abstriche zu machen? Dazu und zur Rolle der Schweiz im europäischen Integrationsprozess werden am FDP-Parteitag in Glarus Antworten gesucht. Generalsekretär Christian Kauter führt in die Thematik ein.

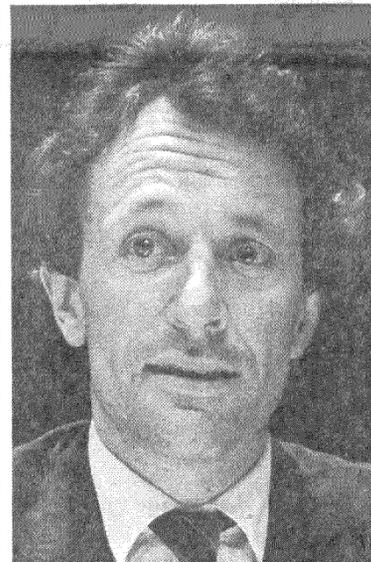
Über fünfzig Jahre lang sind die Maximen der optimalen Wehrbereitschaft und der immerwährenden Neutralität kaum ernsthaft hinterfragt, geschweige denn angefasst worden. Heute jedoch stehen beide Themen zur Debatte. Der Anstoss für die Auseinandersetzungen kommt aus jener Richtung, nach der sich die schweizerische Politik nur selten orientiert: aus dem Ausland. In Europa sind zwei schier unverrückbare Mauern gefallen: Im Osten sprengte der unzählbare Freiheitswille die von sozialistischen Diktaturen errichteten Gefängnismauern und öffnete den Zugang zur freien Welt, im Westen demontieren weitsichtige Wirtschaftspolitiker Handelschranken. 1992 sollen die letzten Bruchstücke weggeschafft sein.

Was will die Schweiz?

Seit einiger Zeit sind die Politiker daran, sich innerlich mit den Fragen Sicherheitspolitik und EG 92 intensiv auseinanderzusetzen. Auch an Arbeitsplätzen, Wirtschaftstischen oder in Vorortsbahnen werden die beiden Fragen – wenn auch noch zaghaft – zum Thema. Grob verallgemeinernd kann man feststellen: Die ältere Generation betrachtet die schweizerische Neutralität und Souveränität als unantastbar, für die jüngere Generation dagegen sind diese Begriffe wandelbar. Das heisst: Die einen halten an den traditionellen Maximen fest, die andern betrachten die beiden als Pfand, das sie gegen andere Vorteile einzutauschen bereit sind. Ähnlich wie Jung und Alt unterscheiden sich im allgemeinen Wirtschaftsleute und Bauern. Die einen haben den Schritt zum grossen europäischen Wirtschaftsraum innerlich bereits vollzogen, die Landwirte schrecken davor zurück.

Hat die Schweiz überhaupt eine Wahl? Ist der Zug nicht bereits abgefahren? Welches sind die Alternativen? Am Parteitag in Glarus wird die FDP die Fragen in offener Diskussion behandeln.

Die Schweiz kann im grossen europäischen Wirtschaftsraum mit-



machen, sich annähern oder abseits stellen. Jede Variante kostet etwas. Das Mitmachen fordert von uns einen Verzicht auf Souveränitätsrechte, das Abseitsstehen bringt höhere Preise und den Verlust vieler Arbeitsplätze, die Annäherung kostet von allem etwas.

Die weitaus meisten Schweizer Produkte werden an Europa verkauft, die weitaus meisten Importwaren stammen aus Europa. Es liegt auf der Hand: Wenn wir in Europa mittun, so fallen weitere Handelsschranken, und wir bekommen die Waren billiger. Ohne Beitritt steigen die Kosten, und noch mehr Unternehmen verlegen ihre Produktion ins Ausland. Eines kann die Schweiz nicht tun: nur zuschauen. Selbst in diesem Fall ist sie nämlich von der Entscheidung in Brüssel betroffen. Nur hat im Falle des Zuschauens die Schweiz gar nichts dazu zu sagen. Schon heute hat unser Abseitsstehen dazu geführt, dass wir zahlreiche Brüsseler Normen haben akzeptieren müssen.

Welchen Preis wollen wir zahlen?

Gegenwärtig erörtern unsere Unterhändler die Frage, wie wir unser

Fortsetzung auf Seite 4



Peter Hefli – ein markanter Ständerat tritt zurück

Als Folge der Einführung der Altersgrenze in seinem Kanton ist der markante Glarner FDP-Ständerat Peter Hefli (rechts, neben dem Thurgauer Ständerat und SVP-Parteipräsidenten Hans Uhlmann) auf Ende der Märzsession 1990 zurückgetreten. Der 68jährige Rechtsanwalt, Gemeindepräsident von Schwanden und Obergerichtspräsident im Nebenamt vertrat seinen Kanton 22 Jahre lang im «Stöckli». 1980/81 präsidierte er die kleine Kammer. Heflis Eigenwilligkeit, sein klassischer Konservatismus, sein Debattierstil schufen ihm einen hohen Bekanntheitsgrad. Mit ihm verliert die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung einen markanten Politiker... einen so markanten, dass offenbar zwei Freisinnige nötig waren, Peter Hefli zu ersetzen, kommentierten Fraktionskollegen die Erneuerungswahlen im Glarnerland: Regierungsrat Kaspar Rhyner und Landrat Fritz Schiesser vermochten dort nicht nur den FDP-Sitz zu verteidigen, sondern gewannen auch den CVP-Ständeratssitz.

Photo ruti

Schweizer lernen «Friedenserhaltung» in Niinisalo

Soldaten für den Frieden

Gemäss dem Bundesbeschluss vom 22. Februar 1989 hat die Schweiz die ausgreifende Komponente der «Sicherheitspolitik» verstärkt: einerseits mit dem Einsatz eines Sanitätskorps in Namibia in diesem Frühjahr und andererseits mit der erstmaligen Entsendung von Schweizer Offizieren an die Uno-Militärbeobachterschule in Niinisalo, Finnland. Margrit Annen-Ruf berichtet.

Dass Friedenserhaltung eine Aufgabe für Soldaten sein soll, können sich wohl die meisten nur schwer vorstellen. Ein Besuch der Schule während des dritten Trainingskurses im September zeigte mir jedoch, dass die beiden Begriffe keine Gegensätze sind. Vielmehr gilt, wie sich Günther Greindl, der Kommandant der österreichischen Blauhelme auf Zypern, ausdrückte: «Friedenserhaltung ist keine Aufgabe für Soldaten... aber nur Soldaten können sie ausführen.»

Die von den nordischen Staaten gemeinsam betriebene Schule, die sich inmitten ausgedehnter Nadelwälder an einem einsamen See auf einem der Ausbildungs- und Übungsgelände der finnischen Artillerie befindet, bildet seit mehr als zwanzig Jahren unbewaffnete UNMO (United Nations Military Officers) aus. Ein Einsatz von Uno-Beobachtern stellt deshalb für unser Land keine verfassungsrechtlichen Probleme. Neben diesen dreiwöchigen Beobachterkursen werden an der Schule auch vierwöchige Kurse für die bekannteren bewaffneten Uno-Blauhelme durchgeführt.

Englisch – Arbeits- und Umgangssprache

Im neuen, bereits unter Platzmangel leidenden Kursgebäude mit Schulungsräumen einschliesslich Sprachlabor, Offiziersmesse, Sauna – typisch finnisch – wohnen die fünfzig «Student Officers» in zweckmässig eingerichteten, jedoch nicht kasernenhaft wirkenden Eimer- und Zweierzimmern.

In der Garnison und der nächsten Umgebung fehlt es zudem nicht an Möglichkeiten zu sportlicher Betätigung. Die persönliche Wäsche wird in der hauseigenen, mit Waschmaschine und Tumbler ausgestatteten Waschküche von den Absolventen selbst besorgt (einschliesslich bügeln, wie mir versichert wurde).

Die Instruktoressen, unter der Leitung des finnischen Oberstleutnants Jikka Tiuhonen, blicken alle auf eine teilweise langjährige Erfahrung als Beobachter und «Blau-

helme» zurück. Die Teilnehmer – im September neben sieben Schweizern rund vierzig Dänen, Finnen, Norweger, Schweden und Spanier – in den Operationsgruppen, aber auch die Zimmernachbarn gehören stets verschiedenen Nationalitäten an. Englisch ist somit während der ganzen Kursdauer nicht nur Arbeits-, sondern auch Umgangssprache.

Inhalt der Kurse

Die rund 120 Lektionen umfassen, neben Informationen über die Uno-Organisation, Training in Militär-Englisch, korrektes Festhalten und Übermitteln von «Reports» (Berichte), Patrouillenfahrten und insbesondere auch eingehende Informationen über die wirtschaftlichen, geschichtlichen, sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen, geographischen, topographischen Faktoren, Umweltbedingungen sowie die Sitten und Verhaltensnormen der späteren Einsatzgebiete.

Dass die eine Seite, beispielsweise Israel in Syrien, vorzugsweise als «die andere Seite» erwähnt wird, ist noch verständlich. Weniger verständlich, doch kaum weniger wichtig ist es, darauf zu achten, dass in Gesprächen mit Arabern die Fuss- beziehungsweise Schuhsohlen nicht sichtbar sind. In diesen Ländern, in denen Frauen eine gesellschaftlich untergeordnete Stellung einnehmen, verlangt überdies das Verhalten gegenüber Frauen besonderer Beachtung. Nicht zuletzt ist dies übrigens einer der Gründe, dass bis heute keine Frauen als Uno-Beobachterinnen ausgebildet wurden und wohl auch in naher Zukunft nicht ausgebildet werden.

Am beliebtesten sind die vor allem während der letzten Woche durchgeführten Übungen im Feld wie Fahrten durch unwegsames Gelände, das Wiederflotmachen von Automotoren etwa mit einem Apfel, einem Kaugummi, einer Kartoffel oder andern Hilfsmitteln, das Herausziehen und Abschleppen eines Geländewagens aus dem Wüstensand sowie praktische Beobachtungen simulierter, in den

Spannungsgebieten jedoch zur Realität gehörender Waffeneinsätze.

Mehr Sicherheit für die Zivilbevölkerung

Für den Einsatz von Uno-Beobachtern ist das beiderseitige Einverständnis der Konfliktparteien Voraussetzung. Zudem müssen die Nationalitäten der Beobachter vorliegen: In Israel etwa kommen keine Russen in Frage, sie sind mit den Amerikanern und den Franzosen vor allem in Ägypten und auf dem Sinai stationiert. Die Neutralität ist somit kein Nachteil, sondern ein Vorteil.

Nach dem effektiven Nutzen befragt, versicherten die Libanon-«Peace-keeping»-Erfahrenen übereinstimmend, dass sie zwar Kämpfe nicht verhindern könnten, dass die Zahl vorab der zivilen Opfer indes wesentlich geringer sei in von Beobachtern kontrollierten Gebieten. Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den «Observers» sei denn auch mehrheitlich positiv. Andererseits sind eigene Verluste nicht ausgeschlossen.

Die Aufgaben der Militärbeobachter im Einsatz sind vielfältig. Die eigentliche Arbeit im OP (Observation Post) in Zweiertams, die sich in Hausarbeit und Beobachter-tätigkeit teilt, wechselt ab mit Inspektionsfahrten und Arbeit im Hauptquartier.

Voraussetzungen

Dass diese Aufgabe einige Anforderungen stellt, steht ausser Frage. Neben materiellen Voraussetzungen wie Hauptmanns- oder Majorgrad, Besitz des Fahrzeugführerscheins und guten Englischkenntnissen sind menschliche Eigenschaften wie Teamfähigkeit, das Zurückstellenkönnen eigener Interessen, Verhandlungsgeschick, diplomatisches Denken, Einfühlung in die Gegebenheiten eines Einsatzgebietes, praktische Veranlagung und physische sowie psychische Belastbarkeit gefragt.

Ein weiteres Kriterium ist ferner berufliche Flexibilität; ein Anwärter muss innerhalb eines bestimmten Zeitraums abrufbar sein und sich für einen mindestens einjährigen, auf anderthalb bis höchstens zwei Jahre verlängerbaren Einsatz zur Verfügung stellen können. Familiennachzug ist grundsätzlich erwünscht und – zumindest im Nahen Osten – auch möglich.

Eine positive Erfahrung

Die sieben Schweizer Offiziere, Major Krenger, Wiesendangen, Senioroffizier, Hauptmann Ferretti, Arbedo, Hauptmann Helstein, Heiden, Hauptmann Party, Luzern, Hauptmann Schiess, Zürich, Major Schumacher, Bern, und

Erste «Blauhelmen» in den Nahen Osten

Die ersten fünf Schweizer Militäroffiziere werden ab 23. April 1990 bei der United Nations Truce Supervision Organisation (UNTSO) im Nahen Osten Militärbeobachteraufgaben wahrnehmen.

Dem der Presse vorgestellten Kontingent gehören an: Major Felix Schumacher (Teamleiter) und die Hauptleute Andreas Widmer, Winterthur, die in Südlibanon, sowie Georg Helstein, Heiden, und Hansjörg Oetli, Erlen (Thurgau), die in Tiberias beziehungsweise Naharija, Nordisrael, stationiert sein werden.

Hauptmann René Party, Luzern, wird in Damaskus, Syrien, eingesetzt. Von der Uno werden Taggeld und Transportkosten der Militärbeobachter übernommen. Während die Ausbildung in Finnland der eigentlichen Tätigkeit (Beobachteraufgaben) gewidmet war, diente der vom 26. bis zum 29. März 1990 in Schloss Hüningen durchgeführte Kurs der Vorbereitung auf den Einsatz der Uno-Militärbeobachter für die UNTSO aus Schweizer Sicht und auf den Alltag im Nahen Osten. Informiert wurde unter anderem über die historischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte und die derzeitige Lage im Nahen Osten, die militärische Situation oder auch über die Sitten und Gebräuche im Einsatzgebiet. Die

UNTSO, der 298 Beobachter aus 19 Nationen – einschliesslich der Schweizer – und neu auch fünf Chinesen – angehören, steht unter dem Kommando des norwegischen Generals Martin Vadset. Der Aufenthalt dauert ein Jahr, wobei der Stationierungsort nach einem halben Jahr gewechselt wird. Es besteht zudem die Möglichkeit, den Aufenthalt um zweimal sechs Monate zu verlängern.

Da die Schweiz ihre Beobachter ab 1991 selbst ausbilden muss, werden die Militärbeobachter mit «Fronterfahrung» nach ihrer Rückkehr als Instruktoressen eingesetzt.

Bei der Motivation der aus verschiedenen Berufen stammenden Militäroffiziere, die sich freiwillig meldeten, spielten etwa Interesse an der Mitarbeit in einer internationalen Organisation, das Kennenlernen fremder Länder und der Wunsch, konkret etwas zur Friedenserhaltung weltweit beitragen zu können, eine Rolle.

Risiken sind bei friedenserhaltenden Aktionen im Nahen Osten nicht auszuschliessen. Durch das eigene Verhalten kann der Einzelne jedoch einiges zur Sicherheit beitragen. Die Schweizer kommen zudem nicht direkt an der Front, sondern hinter den Linien der Unifil-Truppen entlang der israelisch-libanesischen Grenze zum Einsatz. M. A.

Hauptmann Strebel, Goldau, bezeichneten den «Friedenskurs» als ein positives Erlebnis. Einerseits sei die Atmosphäre gut, andererseits verstehe es vor allem das Instruktionsteam auf hervorragende Weise, die Absolventen auf ihre künftige anspruchsvolle und zugleich heikle Mission vorzubereiten.

Eine persönliche Bereicherung und wertvoll seien auch der Kontakt sowie die Zusammenarbeit mit Angehörigen verschiedener Nationalitäten. Dass Niinisalo und vor allem ein eventueller späterer Einsatz in einem Spannungsgebiet – für die Schweiz kommt am ehesten die UNTSO (United Nations Truce Supervision Organisation) im Nahen Osten in Frage – zudem für den Militärbetrieb und den Zivilschutz bei uns nutzbringend sind, steht für alle ausser Zweifel.

Leitstelle EMD für friedenserhaltende Aktionen

Der am 1. Januar 1989 gegründeten Leitstelle EMD für friedenserhaltende Aktionen obliegt der operationelle Teil der Militärbeobachtereinsätze.

Die Aufgabe der von lic. iur. Urs Freiburghaus geleiteten und in verschiedene Bereiche – Vertrag/

Recht, Militärbeobachter, Logistik, Finanzen – gegliederten Stelle reicht von Rekrutierung, Ausbildung und materieller Ausrüstung des Personals bis hin zu Entsendung und Betreuung der Beobachter in den Einsatzgebieten.

Die Leitstelle EMD arbeitet sehr eng mit der Sektion Uno, Direktion für internationale Organisation EDA, zusammen. Das EDA, das für den politisch-diplomatischen Teil zuständig ist, führt alle Verhandlungen mit der Uno über das Wie, Wo und Wann der Einsätze. Vor dem Einsatz werden die Militärbeobachter in einem von der EMD-Leitstelle organisierten dreitägigen Informationskurs auf die künftige Mission – insbesondere auf die Gegebenheiten des Einsatzlandes – aus schweizerischer Sicht vorbereitet. Über die Länder, in die die Familie mitgenommen werden kann, läuft gleichzeitig ein Informationskurs für die Frauen, da sie, so Urs Freiburghaus, in diesen Missionen eine wichtige Rolle spielen.



Der LFSA gegen verwässertes Arbeitsgesetz

Der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) lehnt in seiner Vernehmlassung zur Teilrevision des Arbeitsgesetzes (ArG) sowohl die Aufhebung des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbots für Frauen wie auch die Möglichkeit, durch Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vom Gesetz abzuweichen, ab.

Die verfassungsmässige Gleichstellung der Frauen darf nicht zu einem Abbau von Schutzbestimmungen führen. Die als Ersatz geschaffene Kategorie «Arbeitnehmer mit Familienpflichten» vermag mangels griffiger Kontrollmöglichkeiten und ungenügender Praktikabilität in der vorgeschlagenen Form nicht zu befriedigen.

Ebenso lehnt der LFSA den Revisionsvorschlag ab, durch Gesamtarbeitsvertrag vom Gesetz abweichende und vom Biga bewilligungspflichtige Abreden zu treffen. Der Verband befürchtet die Aushöhlung der Gesamtarbeitsverträge durch eine Vermischung von öffentlichem und privatem Recht.

Der LFSA beantragt, die neugeschaffene Schutzkategorie «Arbeitnehmer mit Familienpflichten» konsensfähig auszubauen mit dem Ziel, die bestehenden Schutzbestimmungen fortzuführen. Die vorgeschlagenen Möglichkeiten, vom Gesetz abweichende Regelungen durch Gesamtarbeitsvertrag zu vereinbaren, ist nach Meinung des LFSA satzlos zu streichen.



Vor dem Kursgebäude in Niinisalo. Die Schweizer Offiziere von links nach rechts: Hptm Aleardo Ferretti, Arbedo, Hptm Josef Strebel-Steiner, Goldau, Major Felix G. Schumacher, Bern, Hptm Daniel Schiess, Zürich, Major Georg Krenger, Wiesendangen, Hptm René Party, Luzern, und Hptm Georg Helstein, Heiden. Photo: Margrit Annen-Ruf

Diskussion über den europäischen Integrationsprozess

Rolle der Schweiz in Europa

Drei pointierte Stellungnahmen sind das Ergebnis des Aufrufs in der Februarnummer des «Freisinn», seine Meinung zur künftigen Rolle der Schweiz in Europa abzugeben. Wir geben sie hier wieder und bereichern sie mit einer ebenso pointierten Antwort, die FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) auf einen Brief gibt. Die Diskussion geht weiter, weitere Voten sind erwünscht!

Ein Briefwechsel

Sehr geehrte Damen und Herren

Endlich hat man aus der Presse, aus dem «Freisinn», etwas über EFTA und EG erfahren – aber leider nur das Allernötigste. Ich frage mich, weshalb nur so wohltdosierte Meldungen ans Tageslicht kommen. Es ist für mich höchste Zeit, dass dem Volk klarer Wein eingeschenkt wird. Es hilft nicht, wenn mit für den Laien wenig aussagekräftigen Schlagworten kommende Probleme angedeutet werden. Vielmehr ist es höchste Zeit, konkret zu werden. Deshalb stelle ich an Sie einige Fragen:

1. Kann man in wenigen Worten und für Personen mit Sekundarschulbildung verständlich sagen, was der EWR ist und was er will?
2. Weshalb wird immer noch der Bericht des Bundesrates vom August 1988 als Leitbild dargestellt, wenn doch Herr Delors Anfang 1989 andere Rahmenbedingungen gesetzt hat? Müsste nicht der Bericht August 1988 ganz kurzfristig und umfassend den neuen Gegebenheiten angepasst werden?
3. Was bedeutet die «freie Zirkulation von Personen» im EWR-Raum für die Schweiz?
4. Inwiefern muss die Schweiz ihre Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit ändern, wenn wir im EWR mitmachen wollen?
5. Was heisst Verringerung der sozialen Unterschiede zwischen den Regionen des EWR? Wie ist das im Verhältnis mit der freien Zirkulation von Personen zu verstehen?
6. Gibt es schon eine Liste der gemeinsamen Gesetzgebungsakte, die eine Änderung schweizerischer Gesetze erfordern? Wenn ja, wäre diese Liste mit erster Priorität bekannt zu machen.
7. Was heisst «geeignete Vorkehrungen treffen», um eine gerichtliche Kontrolle sicherzustellen?
8. Viel wird von der denkbaren Einschränkung der direkten (schweizerischen) Demokratie gesprochen. Es wird nie klar und deutlich gesagt, was sich andere Demokraten unter «Demokratie» vorstellen. Sind wir die einzigen Menschen, die nach diesem Begriff leben? Oder sind wir auf dem besten Weg zur Betroffenen-demokratie als Weiterentwicklung der herkömmlichen «Demokratie»?
9. Was mich am meisten interessiert, wäre, zu erfahren, ob nach dem heutigen Wissensstand unser Zivilrecht erhebliche Änderungen erfahren müsste, zum Beispiel im Personenrecht, im Familienrecht, im Erbrecht, im Sachenrecht und natürlich vor allem im ganzen Vertrags- und Gesellschaftsrecht.

Soweit eine kleine Auswahl von Fragen. Man könnte den ganzen Tag nur Fragen stellen.

Da der «Freisinn» offenbar eines der wenigen oder gar das einzige Blatt ist, das «Europa» beleuchtet, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie meine Fragen beantworten könnten. Ich danke Ihnen für Ihre Bemühungen im voraus bestens.

Max Rutishauser, Starrkirch-Wil

Sehr geehrter Herr Rutishauser

Mit Ihrem sachkundigen Brief stellen Sie das heute wichtigste Problem unseres Landes zur Diskussion. Die FDP-Fraktion im eidgenössischen Parlament beschäftigte sich in Zusammenarbeit mit den Paritätischen Ausschüssen für Aussen- und Wirtschaftspolitik wiederholt mit dieser Frage. So publizierte die FDP der Schweiz in den Jahren 1988 und 1989 zukunftsorientierte Positionspapiere zum Thema Europa, welche mittlerweile durch die Entwicklung weitgehend bestätigt wurden. Auch das Postulat der FDP-Fraktion zum Bericht des Bundesrates vom August 1988 machte auf die Bedeutung des Europäischen Wirtschaftsraumes aufmerksam und forderte von Regierung und Verwaltung eine zukunftsorientiertere Handlungsweise.

Ihre Fragen können folgendermassen beantwortet werden:

1. Vom Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sprachen 1984 in Luxemburg zum erstenmal die zwei Verhandlungsdelegationen von EG und EFTA. Der Begriff EWR umfasst eine Art erweiterte Freihandelszone mit den zwölf EG-, den sechs EFTA-Staaten und den kommunistischen Ländern Osteuropas und soll vor allem die Übernahme wirtschaftlicher Regelungen aus dem EG-Weissbuch (freie Zirkulation von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen) bezwecken.
2. Der Bundesrat bereitet einen neuen Europabericht ans Parlament vor, in welchem der EWR-Vertrag als günstigste Lösung im Mittelpunkt steht.

Aufklärungsarbeit tut not

Man hat uns unsere Kreise gestört. Und dabei war doch alles so schön vorbereitet: die Idee des «europafähig sein, um nicht beitreten zu müssen», das Hinüberretten des Sonderfalls Schweiz in das Zeitalter der «Multidomestical»-Unternehmungen.

Und plötzlich kam Bewegung in die europäische Staatenwelt: Die EFTA-Länder sind nicht mehr die einzigen, die ihr Verhältnis zur EG neu regeln müssen, was – eigentlich verständlich – vorerst zu einer Verhärtung der EG und (nicht ohne eigenes Hausmachtdenken) ihres Kommissionspräsidenten Delors geführt hat. Doch erst die kommenden Verhandlungen werden zeigen, wo der echte Verhandlungsspielraum liegt. Viel wird dabei vom wirtschaftsgewaltigen Deutschland in seiner neuen Form abhängen, dem bundesstaatliches Denken ja vertraut sein sollte.

Die Zukunft kann gerade heute nicht vorausgesagt werden. Neben dem Konzept eines EWR scheint dasjenige eines Europäischen Sicherheitsraumes auf, in welchem

Vollbeitritt zur EG oder Alleingang sind Alternativen, die erst zur Diskussion kommen sollten, wenn das Ergebnis des EWR-Vertrages sichtbar wird.

3. Die freie Zirkulation von Personen in Europa bringt auch den Schweizern viele Vorteile, sie tangiert uns aber in der Ausländerpolitik, wo wir mit 16 Prozent den zweithöchsten Überfremdungsgrad in Europa aufweisen. Es scheint, dass man uns hier einen Sonderstatus zubilligt, wenn auch das Saisonierstatut umstritten sein dürfte.
4. Man wird im Rahmen der EWR-Verhandlungen auch über gemeinsame Vorstellungen im Arbeits- und Sozialrecht diskutieren. Da wir im Parlament die europäische Sozialcharta (z. B. Streikrecht von Beamten) ablehnten, wird es hier harte Auseinandersetzungen geben.
5. Bei der Verringerung der sozialen Unterschiede in Europa geht es vor allem um die Entwicklungszusammenarbeit mit den ärmeren Mittelmeerländern. Man wird von uns verlangen, dass Saisoniers aus diesen Regionen ihre Familien in die Schweiz mitnehmen dürfen.
6. Die Liste der gesetzlichen Disparitäten zwischen schweizerischem und europäischem Recht wurde im FDP-Postulat 1989 verlangt. Die Ausarbeitung bei der eidgenössischen Verwaltung ist im Gange.
7. Im Rahmen der EWR-Verhandlungen plant man besondere EWR-Organe, dazu gehört auch ein Gerichtshof zur Überwachung der getroffenen gemeinsamen Massnahmen.
8. Die Schweiz besitzt mit Stimm-, Initiativ- und Referendumsrecht den höchstentwickeltesten Mitwirkungsgrad des Volkes. Wir werden diese Sonderfallregelung am hartnäckigsten verteidigen und für alle Revisionen des EWR-Vertrages die Einschaltung der nationalen Parlamente verlangen müssen.
9. Die Einflüsse der EWR-Regelungen auf unser Zivilrecht können erst bei konkreten Verhandlungsergebnissen voll abgeschätzt werden. Abklärungen in dieser Richtung sind jetzt beim FDP-Ausschuss Staatspolitik im Gange.

Die FDP der Schweiz beschäftigt sich in Zusammenarbeit mit unsern Bundesräten und der Fraktion der Bundesversammlung intensiv mit der Europa-Frage. Da Ihre Fragen zeigen, dass Sie nicht nur interessiert, sondern auch kompetent sind, laden wir Sie gerne zur Mitarbeit in einem unserer Ausschüsse ein. Setzen Sie sich dafür mit unserem Sachbearbeiter Franz Stämpfli in Verbindung

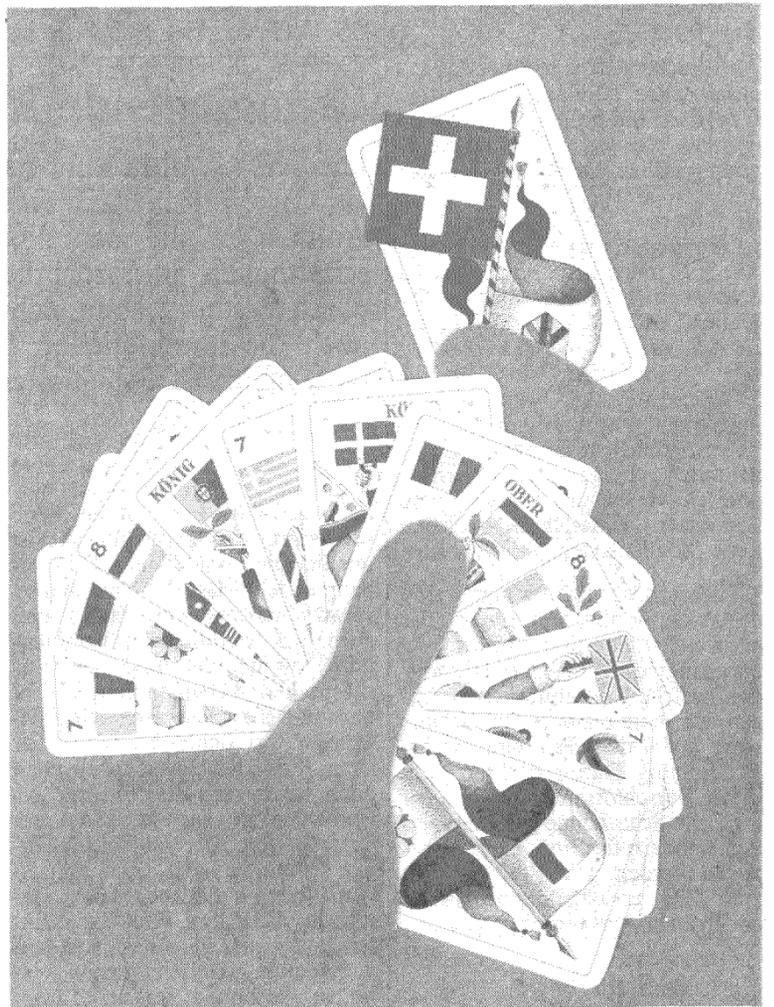
(Tel. [031] 22 34 38).

Nationalrat Ernst Mühlemann, Ermatingen TG

sich militärische, wirtschaftliche und gesellschaftlich-politische Fragen zu einem neuartigen Sicherheitsverständnis im Sinne bester schweizerischer KSZE-Politik verbinden könnten.

Unter allen denkbaren Szenarien müsste dasjenige einer isolierten Schweiz ausgeschlossen werden können: Entsprechende Aufklärungsarbeit tut not. De facto sind wir ja schon lange stark in Europa integriert. Die Absicht, soweit möglich nicht nur den Zugang zum europäischen Markt zu sichern, sondern auch am Entscheidungsprozess angemessen beteiligt zu sein und erst noch schweizerische Eigenart weiterzupflegen, ist als Ausgangsposition sinnvoll. Allerdings wird man für genügend Flexibilität werben müssen, um im entscheidenden Moment gewisse Ziele zugunsten anderer zurückstecken zu können.

Denn so oder so ist in Europa mit neuen Verhältnissen zu rechnen, die den künftigen Gesamtrahmen abstecken werden. Wie weit darin Neutralität im traditio-



Wie wird die Rolle der Schweiz im künftigen Europa aussehen?

Collage Catherine Ganz

nellen Sinn Platz hat und wie weit unsere halbdirekte Demokratie unverändert übergeführt werden kann, ist im Moment nicht zu beantworten. Jedenfalls sollten auch Formen neuartiger Beteiligungen des Bürgers im Sinne jener Betroffenen-demokratie nicht zum vornherein ausgeschlossen werden,

die heute für so viele attraktiv erscheint. Ist es doch denkbar, dass – nach einer engeren Einbindung der Schweiz in die europäische Zusammenarbeit – der Bürger im Bereich insbesondere der Kantone eine neue Art politischer Identifikation finden wird.

Jürg E. Bartlome, Münchenbuchsee

Die Unabhängigkeit des Landes steht auf dem Spiel

Die schweizerische Öffentlichkeit befasst sich mit der Bundespolizei und der Kopp-Affäre und vergisst dabei, dass unser Land vor schicksalsschweren Verhandlungen mit der EG steht. Diese hat vorgeschlagen, einen sogenannten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu bilden, der sich aus den Ländern der EG (320 Millionen Einwohner) und der EFTA (30 Millionen, darunter die Schweiz) zusammensetzt. Der neue Wirtschaftsraum soll dann das, was die EG bis heute an Vereinheitlichung erreicht hat, und für die Zukunft sind die Beschlüsse von Brüssel nach Konsultationen, aber ohne Mitentscheidungsrecht der EFTA-Länder zu befolgen.

Über einige Punkte scheint die EG bereit zu sein mit uns zu verhandeln, wohl aber nicht, um uns Ausnahmerecht zu gewähren, sondern vielmehr um Übergangsfristen – die einmal auslaufen – einzuräumen. Es geht dabei um die Landwirtschaft, der gewaltige Einkommenseinbussen zugemutet werden, um den Lastwagentransit, wo die EG die 40-Tonnen-Limite und die Aufhebung des Nacht- und Sonntagsfahrverbots anstrebt, und um die Ausländerstabilisierung, bei der die Aufhebung des Saisonierstatuts im Vordergrund steht, was den Zuzug von Hunderttausenden von ausländischen Familienangehörigen zur Folge hätte. Dazu kommen noch eine Reihe von Spezialproblemen, wie die Weiterführung der Lex Furgler, die Vinkulierung von Aktien, das Kartellrecht, das Beschaffungs- und Submissionswesen u. a. m.

Satellisierung unausweichlich

Die Schweiz mit ihren 6,5 Millionen Einwohnern wäre im kommenden EWR von 19 Staaten mit 350 Millionen ein verschwindend kleines Häufchen und hätte sich für die kommenden Entwicklungen zuerst der Mehrheit der andern EFTA-Staaten und nachher dem gewaltigen Gewicht der EG zu unterziehen. Wir würden im ei-

gentlichen Sinne des Wortes politisch satellisiert.

Eine solche Satellisierung hätte einen teilweisen Verzicht auf unsere Volksrechte und unseren föderalistischen Staatsaufbau zur Folge. In entscheidenden Fragen würde nicht mehr der schweizerische Souverän oder das vom Volk gewählte Parlament entscheiden, sondern die Mehrheit der im EWR vereinigten Staaten. Dass dazu unsere Neutralitätspolitik bei der Mitgliedschaft in einer durch die EG-Staaten derart dominierten übernationalen Organisation ungläubigwürdig würde, liegt auf der Hand. Und was besonders gravierend wäre, das ist die Tatsache, dass mit der im EWR-Raum geforderten Übernahme der Brüsseler Entscheidungen unsere staatliche Unabhängigkeit entscheidend verletzt würde.

Diese staatspolitischen Konsequenzen der Unterzeichnung eines EWR-Vertrages stehen heute im Prinzip fest, wenn auch die mehr oder weniger wichtigen Details erst noch ausgehandelt werden müssen. Schon heute muss sich deshalb der Bürger Gedanken darüber machen, ob er dies will oder ob nicht die Weiterführung der bisherigen pragmatischen Zusammenarbeit mit der EG und der EFTA, ohne institutionelle Bindungen, vorzuziehen ist, ja für uns die einzig tragbare Lösung sein muss.

Die von gewissen Leuten an die Wand gespielten Nachteile eines Alleingangs bestehen aus gewissen Unannehmlichkeiten für einzelne Sektoren im Zusammenhang mit Veredelungsverkehr, Ursprungszeugnissen, Normierungen, Anerkennung von Diplomen usw. Für solche Randfragen die Weiterführung der selbständigen schweizerischen Eidgenossenschaft aufzugeben und sich von einem von Arbeitslosigkeit und politischen Rivalitäten und Machtbedürfnissen beherrschten europäischen Grossraum absorbieren zu lassen, wäre unter gar keinen Voraussetzungen zu verantworten.

Dr. Otto Fischer, a. Nationalrat, Bern

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Fortsetzung von Seite 1

Mitspracherecht gegenüber der EG sicherstellen können. Dabei steht fest, dass die EG nicht leichthin anderen Staaten das Mitspracherecht gewährt. Es ist dies in einem gewissen Sinne auch verständlich, sind deren Entscheidungsinstrumente ja schon schwerfällig genug. Die EG möchte darum weiteren Staaten (EFTA-Mitgliedern und allenfalls osteuropäischen Staaten) den grossen europäischen Wirtschaftsraum öffnen, in dem die EG-Regeln gelten, Neuzutretende aber kein Mitbestimmungsrecht haben. Vielleicht öffnet in dieser zentralen Frage der Beitrittswunsch östlicher Staaten den Schweizer Unterhändlern sogar neue Möglichkeiten.

Theoretische Erörterungen sind das eine, politische Praxis das andere. In der Schweiz muss jetzt unbedingt die Frage gestellt werden, welche Konsequenzen zu tragen wir bereit sind. Am Schluss steht auf jeden Fall eine Volksabstimmung. Darum darf nicht nur hinter verschlossenen Türen über taktische Schachzüge gebrütet werden, sondern das Volk muss einbezogen werden. Die FDP hat sich zum Ziel gesetzt, diese Auseinandersetzung zu führen.

Und die Sicherheit?

Bei der Europa-Diskussion stehen Grundwerte unseres Staates und ihre Bedeutung in der Zukunft zur Debatte. Dasselbe gilt von den neuen europäischen Sicherheitslage – dem zweiten Thema von Glarus. Der Mauerbruch im Osten hat das während Jahrzehnten geltende Bedrohungsbild der Schweiz verändert. Das wurde bei der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges sofort sichtbar. Viele Politiker, auch bürgerliche, wollen eine Denkpause einschalten, bis das neue Bedrohungsbild klar sichtbar ist.

Die sicherheitspolitische Diskussion umfasst aber sehr viel weitere Bereiche. Zwei Stichwörter mögen genügen: Bundesrat Kaspar Villiger hat als Vorsteher des EMD angekündigt, dass er den Einsatz schweizerischer Blauhelme (Truppen im Rahmen von Uno-Diensten) befürwortet. Ein internationales Engagement also sogar im Bereich der Sicherheit. Ferner hat Bundesrat Villiger für 1995 ein neues Leitbild «Armee 95» verlangt.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass die Grundlage für jede Veränderung der geltenden Sicherheitsdoktrin, nämlich das neue Bedrohungsbild, politisch sehr umstritten sein wird. Die Friedensschalmeien mögen berechtigt sein, kontrastieren aber noch mit der Realität: Rings um die Schweiz lagern gewaltige Waffenpotentiale.

Wichtig ist jedenfalls, dass sich der in den letzten Monaten einseitig auf die Vergangenheitsbewältigung gerichtete Blick endlich von den Fichen und den parlamentarisch längst erledigten Affären Jeanmaire und Bachmann löst. Wichtig ist mehr denn je der Blick nach vorne, der Blick in die Zukunft. Die Gestaltung dieser Zukunft wird unsere zentrale Aufgabe sein; nicht nur in Glarus.

Die AHV an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Grundlegende Reform nötig

Die AHV wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als Volksversicherung eingerichtet und in System und Aufbau an die damaligen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten angepasst. Seither haben sich sowohl die materiellen als auch die immateriellen Lebensbedingungen gewandelt, meint FDP-Nationalrätin Lili Nabholz (ZH).

In besonderem Masse hat der Wandel auch die Stellung der Frau betroffen. Ihr Bildungs- und Ausbildungsniveau hat sich erheblich verbessert, die Berufstätigkeit ist unabhängig vom Zivilstand in zunehmendem Masse zu einer Selbstverständlichkeit geworden, und auch das traditionelle Familienmuster weicht mehr und mehr pluralistischen Lebensformen. Nicht nur sind die Ehen zahlreicher geworden, bei denen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder sogar nur die Ehefrau erwerbstätig ist, auch die Zahl der Scheidungen, der alleinerziehenden Eltern und der Konkubinatsverhältnisse hat zugenommen. Damit die AHV ihre Funktion erfüllen kann, muss sie einerseits diesen veränderten gesellschaftlichen Realitäten Rechnung tragen. Andererseits drängt sich auch im Blick auf die Rechtsfortentwicklung eine substantielle Anpassung auf.

Ist-Zustand

Die AHV ist noch weitgehend am traditionellen Familienmodell des alten Eherechts orientiert, nach welchem der Ehemann allein die finanzielle Verantwortung trägt und die Ehefrau ausschliesslich für Kindererziehung und Haushaltführung zuständig ist. Begünstigt sind daher die verheiratete Frau ohne Erwerbstätigkeit sowie die Witwe.

Um die steigende Zahl von Versicherten, deren soziale Wirklichkeit diesem Modell nicht mehr entspricht, weniger zu benachteiligen, wurden anlässlich der 8. und 9. AHV-Revision eine Reihe Sonderbestimmungen erlassen. Das Resultat ist ein Labyrinth von Berechnungsgrundlagen für die AHV-Leistungen der Frau, welches für den Laien – und oft auch für Spezialisten – unübersichtlich ist.

Die geltenden Berechnungsregeln weichen je nach Zivilstand stark voneinander ab, ausserdem werden oft mehrere Berechnungsarten miteinander verglichen, um die vorteilhafteste Lösung zu finden. Der Wunsch nach einer grundlegenden Reform, die auch nicht vor einem Systemwechsel hin zu einem Einzelrentensystem zurückschreckt, ist daher aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sowie im Sinne einer verbesserten Transparenz gerechtfertigt.

Neue Imperative

Der Geschlechtergleichheitsartikel in der Bundesverfassung und das revidierte Eherecht setzen neue Imperative, denen sich auch die Sozialversicherung nicht entziehen kann. Der Geschlechtergleichheitsartikel in der Verfassung bedeutet gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung, dass ein Abweichen vom Grundsatz der Gleichbehandlung nur dann zulässig ist, wenn



biologische oder funktionale Unterschiede zwischen den Geschlechtern eine gleiche Behandlung absolut ausschliessen.

Das am 1. 1. 1988 in Kraft getretene neue Eherecht basiert auf einem Eheverständnis mit gleichberechtigten, aber auch gleichverantwortlichen Ehepartnern, die entsprechend ihren individuellen Verhältnissen und Bedürfnissen ihre Aufgaben frei wählen. Mit dem neuen Recht ist eine gewichtige Abkehr von der fixen gesetzlichen Rollenaufteilung in der Ehe vollzogen worden. Es ist deshalb unerlässlich, dass auch die AHV-Gesetzgebung, die von ihrer Grundkonzeption her an das Familienmodell des ZGB anschliesst,

den neuen rechtlichen Gegebenheiten folgt.

Fazit

Sowohl die rechtlichen als auch die tatsächlichen Gegebenheiten haben sich in einem Ausmass verändert, dass eine «sanfte Renovation» am AHV-Gebäude nicht ausreicht, um das so bedeutende Gesetzeswerk an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeitgemäss zu gestalten.

Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn zur Debatte stehen ja nicht bloss das ungleiche Rentenalter oder die fehlende Witwenrente für Männer. Die grundlegenden Fragen betreffen das System. Die Schwierigkeit, ein zukunftsweisendes Modell zu etablieren, hängt dabei vor allem mit der bisher ungleichen Behandlung von Frau und Mann sowie stark zivilstandsabhängigen Ungleichheiten der Frauen untereinander zusammen.

Wenn die Zielvorgabe für die 10. AHV-Revision – Gleichstellung der Geschlechter, Angleichung des Rentenalters und Sicherstellung des AHV-Finanzhaushaltes – erreicht werden soll, kann man es darum nicht bei marginalen und trotzdem kostspieligen Korrekturen bewenden lassen.

Halbherzige AHV-Revision

Nach Meinung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) müssen die Anliegen der Frauen bei der 10. AHV-Revision im Zentrum stehen. Das war auch das ursprüngliche Hauptanliegen des Revisionsvorhabens. Diese Forderung erfüllen die vom Bundesrat vorgestellten Massnahmen nicht, die von der FDP deshalb als halbherzig beurteilt werden.

Die bundesrätlichen Anträge würden zudem jährlich Nettomehrausgaben in der Grössenordnung von über 500 Millionen Franken auslösen. Diese Politik steht im Widerspruch zu dem vom Bundesrat selber während Jahren bejahten Prinzip der Kostenneutralität. Die Partei ist der Meinung, dass eine Kostenfolge im vorgesehenen Ausmass nicht verantwortbar ist. In diesem Zusammenhang setzt die FDP ausserdem ein Fragezeichen zu den in der Botschaft verwendeten Berechnungsgrundlagen.

Leserbrief

Auch grosse Probleme können gelöst werden

Vor zwanzig Jahren hiess es, unsere Schweizer Seen seien nicht mehr zu retten. Heute sind unsere Gewässer dank riesigen Investitionen wieder in einem erfreulichen Zustand. Man badet wieder gerne drin.

Das Problem des Verlustes des Vertrauens in unsere Regierung muss gelöst werden. Hier braucht es nicht nur materielleinsatz. Gefragt ist vielmehr grosser, engagierter, persönlicher Einsatz. Vertrauen bekommt man nicht umsonst. Der Bürger wartet von den Politikern aus allen Lagern Korrektheit und Menschlichkeit, die man spürt. Solche Politiker gilt es in dieser Zeit zu finden.

Der heute in unserem Land geschürte «neue kalte Krieg» aber wird von den Medien angeheizt. Manchmal mit Mitteln, die nicht über alle Zweifel erhaben sind. Glauben unsere Bürger wirklich, dass die Medien keine Archive besitzen? Dort sagt man vornehm Archive, aber man könnte sie ebensogut umtaufen auf Fichen. Nur, was würden die Medienschaffenden sagen, wenn auch ihre Fichen ausgeräumt werden sollten?

Die sogenannte Fichen-Affäre hat viele Fragen ausgelöst. Wo finden wir für unsere Staatsform neue erstrebenswerte Ziele (auch im Hinblick auf die EG und die Veränderungen in Europa), und wie könnte unser Demokratieverständnis richtig geändert werden? Sind wir Schweizer mutig genug, um so etwas an die Hand zu nehmen? Wie könnte die Stimme aus dem Volke an die Magistraten herangetragen werden? Haben sie Zeit hinzuhören? Bleibt ihnen Zeit zum Überlegen und zum Handeln?

Wir erwarten von den Politikern, dass sie ungerechtfertigte Kritik zurückweisen und auch betonen, dass Kreise, die heute mitmachen bei der unschönen Schlacht, dafür mitverantwortlich sind. Erna Sigrist, Chur

Der Freisinn

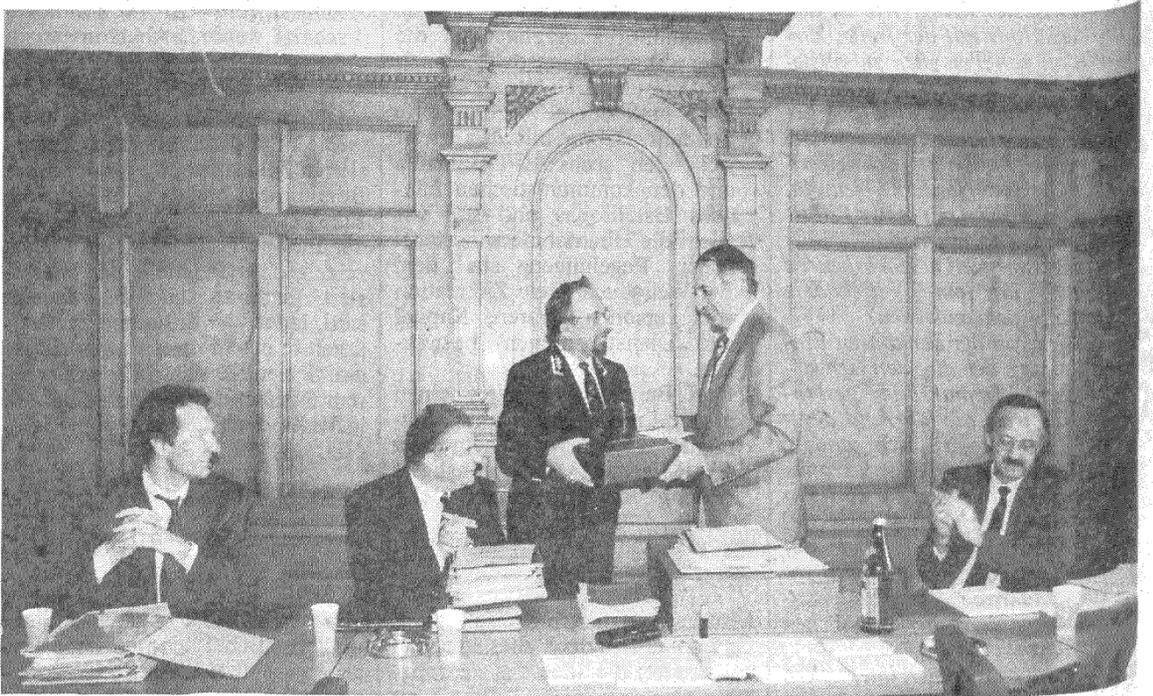
Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Annamaria Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

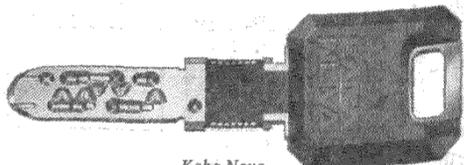
Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.



Freisinnig und Bundesweibel auch für die FDP-Fraktion

Nach zwanzig Jahren Amtszeit als Bundesweibel trat der Thuner Werner Zutter nun in den Ruhestand. Er betreute im Nationalrat die rechte Seite des Saales und immer wieder auch die freisinnige Fraktion. Es ist dennoch ein blosser Zufall, dass Werner Zutter ebenfalls ein Freisinniger ist. Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin (VS) liess es sich jedoch nicht nehmen, Werner Zutter mit einem Geschenk für seine jahrelange Arbeit zu danken. Generalsekretär Kauter, Bundesrat Delamuraz und Fraktionssekretär Tavazzi freuen sich mit (am Tisch sitzend, von links).

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Nova.

Das praxiserprobte, mechanisch-elektronische Schliesssystem. Von Bauer Kaba.

Fordern Sie zum Kennenlernen die Kaba Nova-Videokassette oder den Prospekt an: Telefon 01/931 61 11.



Interview mit FDP-Nationalrat Willy Loretan (AG)

«Eine neue Lagebeurteilung ist nötig»

«Neue Sicherheitspolitik» ist neben «Europa» das zweite grosse Thema, das die FDP der Schweiz an ihrem Parteitag in Glarus am 27./28. April behandeln wird. Was ist darunter zu verstehen? Anna-Marie Kappeler befragte den Präsidenten des FDP-Ausschusses für Militärpolitik, Nationalrat Willy Loretan (AG).

Warum ist eine neue Sicherheitspolitik nötig?

Willy Loretan: «Wir leben in einer Zeit des internationalen Umbruchs. Staats- und Parteichef Gorbatschew hat Ereignisse in Gang gesetzt oder zumindest ermöglicht, die wir bis vor kurzem noch nicht für möglich gehalten hätten, denken wir nur an die Umwälzungen in Osteuropa.

Gleichzeitig herrscht aber über das Schicksal und die Politik des sowjetisch-kommunistischen Imperiums noch Ungewissheit. Auch gibt es Tendenzen für das Aufkommen eines neuen Nationalismus. Wir wissen zudem nicht, wie sich eine absehbare Vereinigung der beiden deutschen Staaten auswirken wird. Auch dürfen wir die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass in West- und Osteuropa hochmoderne Rüstungspotentiale vor allem im Luft- und atomaren Bereich weiterexistieren.

All das macht eine neue Lagebeurteilung nötig. Der Bundesrat hat denn auch den Auftrag, dem Parlament und der Öffentlichkeit bis Mitte 1990 ein neues sicherheitspolitisches Leitbild vorzulegen.»

In welche Richtung soll die neue Sicherheitspolitik nach Meinung der FDP gehen?

Willy Loretan: «Eine neue Sicherheitspolitik leitet ihre Zielsetzungen von flexiblen, vernetzten Bedrohungswahrscheinlichkeiten ab. Sie muss zeitlich und im Mittlereinsatz beweglich sein. Auch ist es notwendig, dass sie sich Entwicklungen in Europa und der Welt rasch anpassen kann, beispiels-

weise Fortschritten im Abrüstungsbereich oder neuen Ausrichtungen in den europäischen Paktsystemen.»

Welche Aufgabe hat die Armee in dieser neuen Sicherheitspolitik?

Willy Loretan: «Die Armee bleibt das Hauptinstrument der Sicherheitspolitik. Der sie tragende Mensch aber steht im Mittelpunkt, und zwar was die Motivation und Ausbildung, die Organisation, die Ausrüstung und Bewaffnung und auch die ausserdienstliche Tätigkeit betrifft.

Struktur und Einsatzdoktrin der Armee müssen so flexibel sein, dass sie auf alle denkbaren Bedrohungen militärischer und zivilisatorischer Art reagieren kann. Sie muss in allernächster Zukunft auch den Schutzschirm nach oben wieder garantieren können. Es soll für sie aber auch möglich sein, bedeutend stärker als bisher bei friedenssichernden Operationen mitzuwirken.»

Welche neuen Aufgaben sieht die FDP-Fraktion für das Eidgenössische Militärdepartement (EMD)?

Willy Loretan: «Die freisinnige Fraktion hat durch FDP-Nationalrat Paul Wyss (BS) einen Vorstoss eingereicht, in dem sie vorschlägt, das heutige EMD sei durch ein Eidgenössisches Departement Sicherheit und Verteidigung (ESV) zu ersetzen. Der Grund für diese Anregung ist, dass in Zukunft neben den klassischen Bereichen Armee und Zivilschutz neue Aufgaben zu bewältigen sein werden. Zu denken ist an Katastrophenhilfe im In- und Ausland und an friedenserhaltende Einsätze im Ausland.»



Neustrukturierung des EMD

Armee, Zivilschutz, Katastrophenhilfe und friedenssichernde Einsätze sollen inskünftig in einem Departement «Sicherheit und Verteidigung» (ESV) gleichrangig zusammengefasst werden. Dies regt die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in einer Motion an. Eine neue organisatorische Struktur des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD) ist nach Meinung der FDP-Fraktion sinnvoll für die Konzentration der Kräfte. Nötig wird sie aber auch, weil in Zukunft der Sicherheitsbegriff erweitert und aktueller definiert werden wird.

Regierungsreform

Bereits am 26. September 1984 hatte die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung eine Motion «zur Gewährleistung der Regierungstätigkeit» eingereicht, mit welcher das Kollegialsystem gestärkt werden sollte und mehr Zeit für die Behandlung von Grundsatzfragen angestrebt wurde. Ein neuer FDP-Vorstoss regt grundlegende Reformen auf Regierungsebene an und schlägt vor, unter anderem folgende Modelle in die Erwägungen einzubeziehen:

- Die Einführung von Verwaltungsdirektoren als administrative Vorsteher der Departemente und/oder
- von Staatssekretären;
- ein wesentlich erweitertes Kollegium des Bundesrates mit einem verstärkten Präsidium;
- eine Regierung, die von einem 5- oder 7köpfigen Kollegium geleitet wird und der zusätzlich rund 15 Minister angehören. Diese sind für die verschiedenen Bereiche der Regierungstätigkeit zuständig.

Totalrevision der Bundesverfassung

Für die Totalrevision der Bundesverfassung soll ein Verfassungsrat eingesetzt und dann der Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung in der Bundesversammlung möglichst schnell behandelt werden. Das fordert FDP-Nationalrätin Lili Nabholz (Zürich) in einer Motion. Begründet wird der Vorstoss mit dem in der Schweiz brüchig gewordenen staatspolitischen Grundkonsens, den tiefgreifenden Veränderungen in Europa und den zu erwartenden Auswirkungen auf die schweizerische Staatsstruktur. Die FDP-Politikerin sieht in der Wiederaufnahme der Arbeit an der Totalrevision die Chance, auseinanderdriftende Kräfte zusammenzubrin-

gen, abbröckelnden nationalen Grundkonsens zu stärken, die Politik grundsätzlich zu überdenken, die Innovationsfähigkeit des schweizerischen politischen Systems überhaupt zu verbessern.

Teilweise befriedigt

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, dass der Bundesrat, wie die FDP dies bereits im vergangenen August vorgeschlagen hat, den Entwurf zu einem dringlichen Bundesbeschluss zur Straffung des Asylverfahrens unterbreitet hat. Wichtigen Forderungen der FDP wird mit dem Entwurf Rechnung getragen. Die FDP bedauert aber, dass für die illegale Einreise keine Sanktionen vorgesehen sind und dass auf den Ersatz des schwerfälligen Asylverfahrensgesetzes durch eigene einfache Asylverfahrensnormen verzichtet werden soll. Die FDP wird sich in ihrer Vernehmlassung und im parlamentarischen Verfahren für alle rechtsstaatlich vertretbaren Massnahmen einsetzen, um den Missbrauch des schweizerischen Asylrechts einen Riegel zu schieben.

Jungliberale distanzieren sich

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) ist bestürzt über die Resolution der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), in welcher der Rücktritt des Bundesrates gefordert wird. Die JBS distanziert sich als Mitgliedverband der SAJV in aller Form von dieser Resolution.

Mit solchen extremen politischen Forderungen kann die SAJV nach Ansicht der JBS ihre Aufgabe als Dachverband aller Jugendverbände nicht mehr genügend wahrnehmen. Die JBS wird deshalb ihre zukünftige Stellung zur SAJV überdenken.

Ist die SAJV noch glaubwürdig?

Die kürzlich von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) verabschiedete Resolution, in der der Rücktritt des gesamten Bundesrates gefordert wird, ist extrem und fragwürdig. Dies ist die Ansicht des jugendpolitischen Ausschusses der FDP der Schweiz. Solche extremen Ansichten stellen die Glaubwürdigkeit der SAJV und ihre Rolle als Vertreter in der Gesamtheit der schweizerischen Jugend ernsthaft in Frage. Man muss sich ebenfalls die Frage stellen, ob es noch angebracht ist, dass die SAJV weiterhin zahlreich in der eidgenössischen Kommission für Jugendfragen vertreten sei. Der FDP-Ausschuss unterstützt die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS), die entschieden hat, ihre Rolle in der SAJV neu zu überdenken, voll und ganz.

Parteitag 1990 der FDP der Schweiz in Glarus

Europa und Sicherheitspolitik im Zentrum

Programm

Freitag, 27. April 1990

- 14.00 Eröffnung der Info-Stellen «Sicherheitspolitik». Aula der Kantonsschule Glarus.
- 15.00 Delegiertenversammlung (1. Teil): «Sicherheitspolitik»
Eröffnungsrede von Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger
«Lage und Entwicklungsaussichten in Osteuropa»
Referat von Prof. Paul Lendvai, Intendant Radio Österreich International und Ostexperte des ORF, Wien
«Sicherheitspolitik in einer Zeit des Umbruchs»
Referat von Bundesrat Kaspar Villiger
- 16.00 Kaffeepause
- 16.40 Podiumsgespräch zum Thema «Neue Sicherheitspolitik»
Leitung: Nationalrat Dr. Willy Loretan (AG)
Teilnehmer: Ständerat Thierry Béguin (NE)
Claudia Bertelto, Studentin (FR)
Marianne von Grünigen, Botschafterin (BE)
Prof. Paul Lendvai, Ostexperte des ORF (A)
Nationalrat Dr. Paul Wyss (BS)
anschliessend Diskussion im Plenum
- 18.15 ca. Schlussbemerkungen des Parteipräsidenten
- ab FDP-Unterhaltungsabend (Restaurant Schützenhaus)
- 19.30 Apéritif offeriert von der Stadt Glarus
Nachessen, Darbietungen sowie musikalische Unterhaltung und Tanz mit dem Orchester Louis Menar und dem Conférencier Richi Bertini

Samstag, 28. April 1990

- 8.00 Eröffnung der Info-Stellen «Europa 92»
Kaffee und Gipfeli in der Aula der Kantonsschule Glarus
- 9.00 Delegiertenversammlung (2. Teil)
Statutarische Geschäfte
1) Tätigkeitsbericht von Partei und Fraktion
Kurzkommunikar zum Jahresbericht 89/90 von Christian Kauter, Generalsekretär
anschliessend Beantwortung von Fragen, Diskussion
2) Ergänzungswahlen in die Geschäftsleitung
- 9.30 «Europa 92»
Podiumsgespräch/Hearing
Leitung: Nationalrat Dr. Felix Auer (BS)
Teilnehmer: Nationalrat Adriano Cavadini (TI), Präsident des FDP-Ausschusses für Wirtschaftspolitik
Nationalrat Pierre Etique (JU), Präsident der FDP-Arbeitsgruppe «Europe des Citoyens»
alt Nationalrat Dr. Otto Fischer (BE), ehem. Direktor des Schw. Gewerbeverbandes
Nationalrat Ernst Mühlemann (TG), Präsident des FDP-Ausschusses für Aussenpolitik
Nationalrätin Lili Nabholz (ZH), Vizepräsidentin des FDP-Ausschusses für Staatspolitik
Nationalrat Guy-Olivier Segoud (GE), Präsident der Europaunion
- 10.30 Kaffeepause
- 11.00 Diskussion im Plenum
«Die Schweiz im europäischen Integrationsprozess»
Referat von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
- 12.30 Schlussbemerkungen des Parteipräsidenten und Verabschiedung einer Resolution
- 13.00 Schluss der Versammlung, anschliessend Apéritif offeriert vom Regierungsrat des Kantons Glarus

Zum Parteitag der FDP der Schweiz sind alle interessierten Parteimitglieder eingeladen.

Der/die Unterzeichnete

nimmt am Parteitag in Glarus teil.

Name:

Strasse:

Datum:

PLZ/Ort:

Unterschrift:

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach, 3001 Bern, retournieren.

Terminkalender

April	27. Delegiertenrat
27./28.	ord. Delegiertenversammlung/Parteitag in Glarus
Juni	Session: 5. 6. bis 22. 6.
22.	Delegiertenrat
23.	a. o. Delegiertenversammlung
August	31. Delegiertenrat
September	Session: 17. 9. bis 5. 10.
1.	a. o. Delegiertenversammlung
23.	Eidgenössische Volksabstimmung
Oktober	Session: 17. 9. bis 5. 10.
Kongress	Liberaler Weltunion in Finnland: 3. bis 7. 10.
19.	Delegiertenrat
20.	a. o. Delegiertenversammlung
November	Session: 26. 11. bis 14. 12.
10.	a. o. Delegiertenversammlung
Dezember	Session: 26. 11. bis 14. 12.
2.	Eidgenössische Volksabstimmung

FDP-Jahresbericht

Der Jahresbericht der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) ist erschienen und kann gratis bestellt werden. Sie finden darin die Arbeit der FDP der Schweiz und der FDP-Fraktion der Bundesversammlung ausführlich beschrieben. Ausserdem enthält der Jahresbericht eine Übersicht über die Wahlen in den Kantonen.

Bitte senden Sie mir den FDP-Jahresbericht 1989/90:

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Welche Männer und Frauen möchten ihre

Rhetorik

noch weiter steigern?

Sich selbst und andere leichter motivieren können?
Die eigene Lebensqualität verbessern?

Über hundert freisinnige Politiker und Politikerinnen haben 1989 ihre Hemmungen und Unsicherheiten beim Auftreten in der Öffentlichkeit in zweitägigen Rhetorik- und Motivations-Trainings überwunden. Gesteigerte Selbstsicherheit, wirkungsvolle Reden, mehr Mut und Freude waren die Resultate. Die Teilnehmer haben diese Trainings mit "sehr gut - ausgezeichnet" beurteilt. Wäre das für Sie eine prüfenswerte Chance?

Coupon: JA, das wäre auch für mich interessant. Bitte senden Sie mir unverbindlich nähere Unterlagen:

Vorname: _____

Name: _____

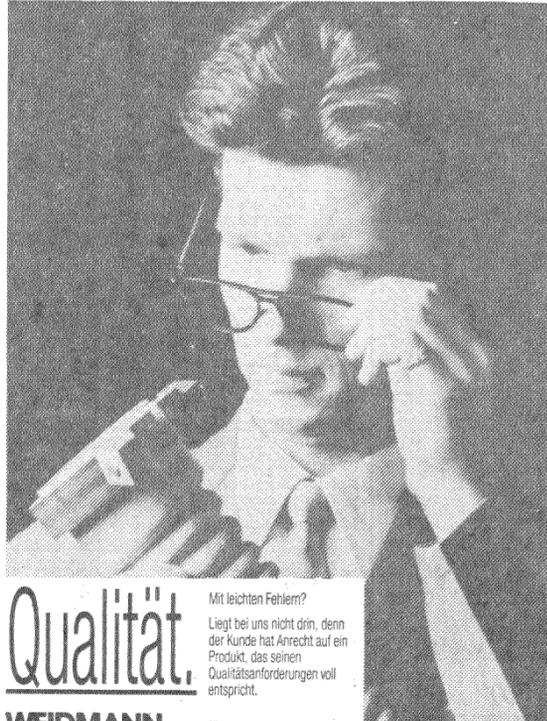
Funktion: _____

Strasse: _____

PLZ + Ort: _____

Jetzt ausschneiden und Infos anfordern bei: **Andres + Partners**
Fridastrasse 600 4622 Egerkingen

Andres + Partners



Qualität.

Mit leichten Fehlern?
Liegt bei uns nicht drin, denn der Kunde hat Anrecht auf ein Produkt, das seinen Qualitätsanforderungen voll entspricht.

WEIDMANN

H. WEIDMANN AG, 8640 Rapperswil
☎ 055 - 21 41 11

- Transformierbare und Isolierformteile
- Spezialzapfen
- Kunststoffkomponenten aus: Thermo- und Duroplasten

Unsere Produkte sind

**Ideen
Qualität
Nutzwerte
Freude
Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94

Spaltenstein
IMMOBILIEN AG



Traumhafte Ferienwohnungen in der 150 Jahre alten «Chasa Grusaida» im bündnerischen Münstertal.

Das Münstertal (Val Müstair)

Liebliches Naturparadies auf der Sonnenseite der Schweiz. Wenige Minuten zum Nationalpark. Skigebiet «Minschuns», Langlaufloipen, riesiges Wanderwegnetz. Ruhe, saubere, gesunde Luft.

Die «Chasa Grusaida» in Tschiers GR

Eine Synthese zwischen alter Wohnkultur und hochwertigem Komfort. 11 individuelle Ferienwohnungen im gehobenen Engadinerstil (VP 340'000.- bis 480'000.-).

Ausführliche Dokumentation: Naef + Partner ASW
Registr. 35c, CH-8404 Winterthur, 052 27 13 27

SEMPERIT Gummitechnik

Als führender europäischer Produzent sind wir auf innovative Gummiprodukte spezialisiert:

- Gummidichtungsprofile und Gummiformartikel
- Gummipress- und Dichtungsplatten
- Produkte für die Eisenbahn, Seilbahn- und Verkehrstechnik
- Verschleisschutzprodukte
- Spezialschläuche für chemische und abrasive Medien
- HD-Hydraulikschläuche mit Stahleinlagen
- Operations-, Untersuchungs- und Arbeitshandschuhe

Unsere Beratung ist **direkt, sachlich und kompetent!**

Qualitätssicherung nach internationalen Normen!

Semperit Technische Produkte AG

CH-8953 Dietikon/ZH, Lerzenstrasse 19
Postfach 268, Tel. 01/740 29 39, Fax 01/740 31 51

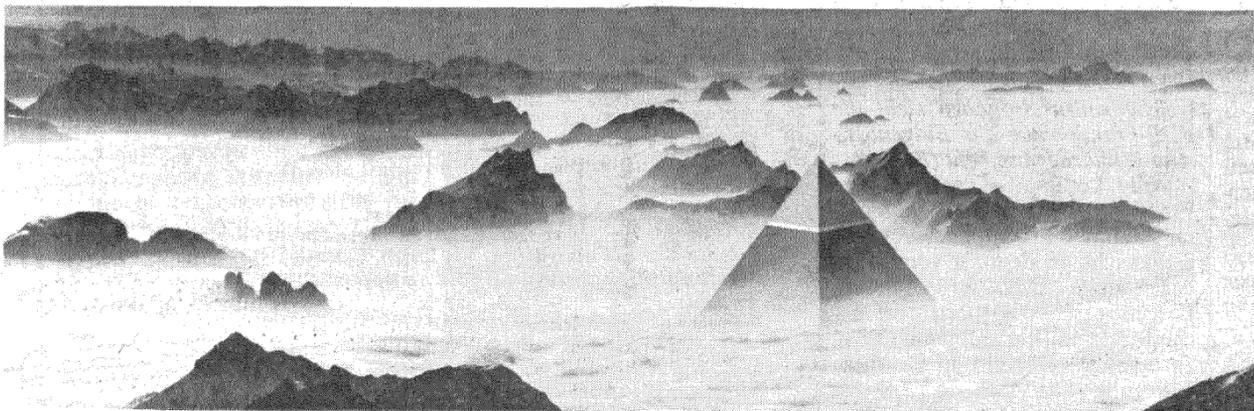
Gezielt Werben



ofa

Orell Füssli Werbe AG
Geschäftsbereich Fachblätter
Sägereistrasse 25
8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11
Fax (01) 810 60 02

SKA-Anlage-Service  plus[®]



Überblick. Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick verschafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheidung auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



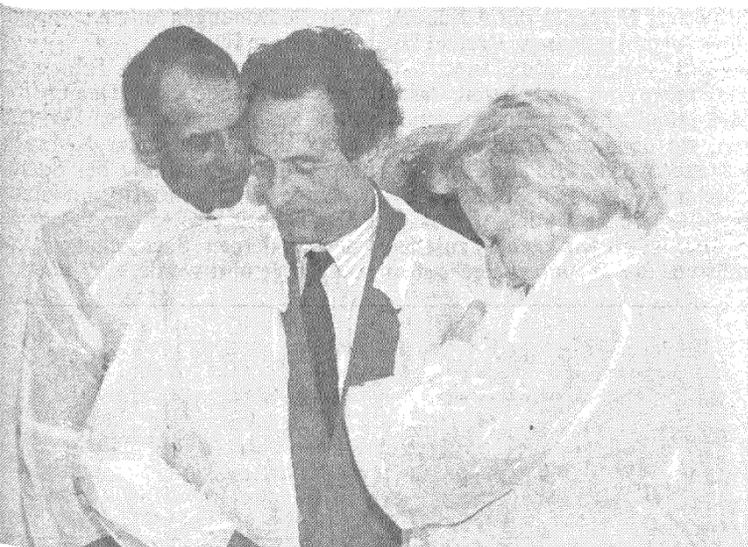
SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA



Im Weinkeller der Firma Morand vins begeisterten die Armaillis de la Gruyère mit ihrem Gesang (ganz links der Dirigent). Wohl fühlt sich offensichtlich auch der Organisator der Reise, der Landwirt und Freiburger Nationalrat Jean-Nicolas Philipona (rechts).



Nationalräte Petitpierre (GE) und Eppenberger (SG), Ständerat Flückiger (JU), Nationalrätin Antille und René Vernaz, ein ehemaliger Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariates (von links): lauter fröhliche Gesichter.

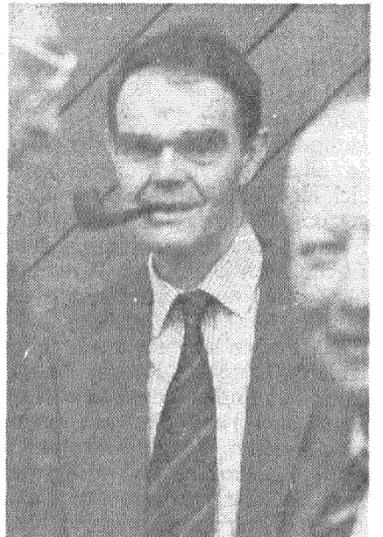


Zur Besichtigung der Firma Milco galt es weisse Plastikmäntel anzuziehen. Hier unterziehen sich (von links) Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin (VS), der persönliche Mitarbeiter von Bundesrat Delamuraz, Daniel Margot, und Nationalrätin Geneviève Aubry (BE) dieser Pflicht.

Ausflug der freisinnigen Tessiner und Westschweizer Parlamentarier in die Westschweiz

Milchprodukte und Wein

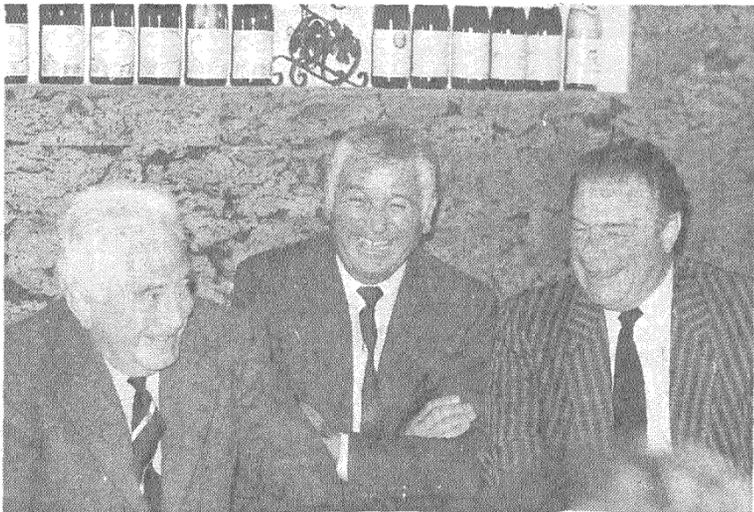
Zwei Familienbetriebe besichtigten die freisinnigen Tessiner und Westschweizer Parlamentarier an ihrem diesjährigen Fraktionsausflug in die Gruyère: die Firma Milco in Sorens und die Firma Morand vins in La Tour-de-Trême. Dabei liessen sie sich Geschichte, Struktur und Einrichtungen der Betriebe erzählen beziehungsweise zeigen. Dass die Degustation der jeweiligen Produkte nicht zu kurz kam, versteht sich von selbst.



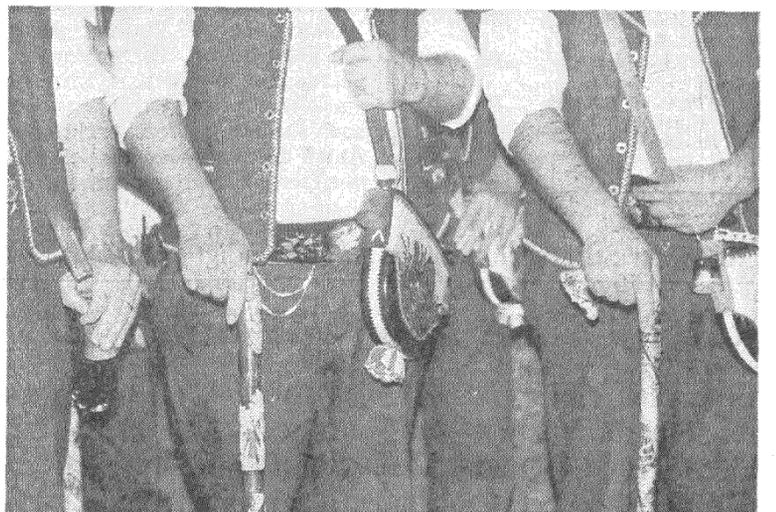
Ein nachdenklicher Nationalrat Petitpierre (GE), gegenwärtig Präsident der freisinnigen Tessiner und Westschweizer Parlamentariergruppe, harrt der Dinge, die noch kommen werden.



Im tiefen Keller war auch der frühere FDP-Parteipräsident Yann Richter zu erkennen.



Eine heitere Runde bildeten auch alt Bundesrat Georges-André Chevallaz, der Waadtländer Regierungsrat Jacques Martin und – unverwüstlich – Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (vca links).



Detailstudie.

Photos: Anna-Marie Kappeler

La Paz macht sie wild.



Unverfälscht wild. Aber doch aromatisch leicht. Das sind Wilde Cigarillos von La Paz. Die ein Büschel am Brandende freilassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Weil sie zeigen dürfen, dass sie aus einer Mischung dutzender, nur reiner Tabake gemacht sind. Und deshalb keine künstliche «Geschmacksaufbesserung» nötig haben.

Sorgsam mélangiert und liebevoll mit kostbaren Deckblättern umhüllt. Ehrlich eben.

Wilde Cigarillos von La Paz. Ehrlichkeitshalber.



Mitgliederumfrage

Auch Zürcher FDP echte Volkspartei

Mit einer repräsentativen Mitgliederumfrage hat die FDP des Kantons Zürich die Struktur und die Meinungen ihrer über 18 000 Mitglieder zu erfassen gesucht. Es bestätigte sich dabei, dass auch in der Zürcher FDP als echter Volkspartei breite Segmente fast aller Berufe und gesellschaftlichen Schichten verbreitet sind.

Ungleichgewichtig ist die konfessionelle Verteilung, sind doch rund drei Viertel aller Mitglieder evangelisch-reformiert. Eine Einseitigkeit, die indessen bei praktisch allen Zürcher Parteien – selbstverständlich mit Ausnahme der CVP – festzustellen ist, wobei immerhin

Konfession	FDP	Kanton Zürich
evangelisch-reformiert	75,6%	63%
römisch-katholisch	14,3%	29%
andere	1,7%	6%
keine	6,0%	2%
keine Antwort	Rest	

de), 13 Prozent arbeiten bei der öffentlichen Hand, 54 Prozent sind Mitglied in einem Automobilklub, 15 Prozent engagieren sich in einem Arbeitgeberverband, 22 Prozent wirken aktiv in einer sozialen Institution mit.

Die meisten Mitglieder sind zwischen fünfundsiebzig und fünfundsiebzig beigetreten und bleiben

Haushaltgrösse	FDP	Kanton Zürich
1 Person	6,6%	7%
2 Personen	39,0%	19%
3 Personen	19,1%	20%
4 und mehr Personen	32,7%	54%
keine Antwort	Rest	

der FDP in der Regel treu. Dies muss bei einer situierten Partei zwangsläufig zu einer gewissen Überalterung des Durchschnittsbestandes führen. Nicht berücksichtigt ist hierbei die mit der FDP liierte grösste Zürcher Jugendpartei, die Jungliberalen des Kantons Zürich. Zudem fällt auf, dass die FDP-Mitglieder äusserst stark mit ihrer Wohngemeinde verbunden sind: 75 Prozent wohnen schon über zehn Jahre an ihrem jetzigen

Wohndauer am jetzigen Wohnort	FDP	Kanton Zürich
bis 1 Jahr	1,5%	
2 bis 4 Jahre	6,6%	
5 bis 9 Jahre	14,3%	
über 10 Jahre	58,2%	
schon immer	16,7%	
keine Antwort	Rest	

Wohnort, fast 17 Prozent davon seit ihrer Geburt. Von einem weit überdurchschnittlichen Interesse am kommunalen Geschehen zeugt auch der mit 35 Prozent sehr hohe Anteil der regelmässigen Besucher von Gemeindeversammlungen. zfp

auffällt, dass es der FDP seit der letzten Erhebung vor rund zehn Jahren vermehrt gelungen ist, auch katholische Mitglieder anzuziehen. In allen übrigen Bereichen zeigt sich eine pluralistische Zusammensetzung. Zwanzig Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechtes ist praktisch jedes dritte Parteimitglied eine Frau oder anders ausgedrückt: Der FDP gehören über 6500 Frauen an; mehr als jeder anderen Partei im Kanton Zürich. Vor allem finden jedoch in unserer Partei auch Leute Platz, die in vielen anderen kaum willkommen sind: 21 Prozent der Mitglieder sind Selbständigerwerbende (inkl. Unternehmer und Gewerbetreibenden).

Berufe	FDP	Kanton Zürich
Freie Berufe	19%	3%
Selbständigerwerbende	12%	5%
Gewerbetreibende	9%	2%
Angestellte		
in leitender Funktion	18%	7%
Angest./Beamte mit Kaderfunktion	25%	13%
Sachbearbeiter/Angestellte/Arbeiter	8%	70%
Arbeitnehmer in freien Berufen	9%	nicht erhoben

Moderner Staatsschutz weiterhin notwendig

«Heulen mit den Wölfen»

Eigentlich gibt es im Hinblick auf die Zukunft unseres Staates wichtige und dringende Probleme zu lösen. Doch die eidgenössischen Behörden waren in den vergangenen Wochen in kaum mehr zu verantwortendem Masse von den Enthüllungen über die Vergangenheit des Staatsschutzes absorbiert und sind an den Rand der Handlungsfähigkeit getrieben worden, meint Nationalrätin Susi Eppenberger, Nesslau.

Es hat sich ein wahres Treibhausklima entwickelt, in dem bald jedes von einem frustrierten früheren Geheimdienstler in Umlauf gesetzte Gerücht zur fetten Schlagzeile in den Medien gedeiht, ein Klima, in dem die absurdesten Behauptungen von den Behörden untersucht und dementiert werden müssen. Selbst vernünftiges und selbstverständliches Walten und Schalten des Staates ist unter Verdacht und Anklage gestellt.

Die Schweiz ist von einer akuten «Fichtis» befallen – Ergebnis einer meisterhaften Desinformation, die schon in Zeiten des endlich abgeschlossenen kalten Krieges als Meisterstück gewertet worden wäre. In dieser angeheizten Hysterie gehen die Proportionen der Vernunft verloren, wie einige Beispiele zeigen.

Präzisierungen

Die angeblich 900 000 (auf 6,5 Millionen Einwohner) reduzieren

sich auf 150 000 Fichen von schweizerischen Staatsbürgern – in 45 Jahren, das heisst etwa in zwei Generationen, angelegt. Das sind dann eben nicht 14 Prozent der Bevölkerung, sondern rund 1 Prozent, und von diesem einen Prozent schreien die Frustriertesten am lautesten, und die, die echt bedrohliche Zeiten nicht erlebt haben (weil sie jung waren), heulen heute mit den (alten) Wölfen!

Die Informationen der Bundespolizei wurden zu einer Zeit erfasst, als im Rahmen des politischen Krieges eine ernsthafte Bedrohung der offenen Gesellschaften gegeben war. Gegen die Methoden des politischen Krieges – Infiltration, Subversion, Spionage, Erpressung und Desinformation mit dem Ziel der politischen Destabilisierung – musste sich der Staat durch breites Sammeln von Informationen schützen. Wer Infiltration, Subversion und Spionage betreibt, legt seine Karten nicht

offen auf den Tisch; deshalb musste eben auf harmlose Zeichen geachtet werden. (Im Ausland sind sogar Parlamentarier der Spionage überführt worden.) Dabei hat die Bundespolizei – was jetzt missachtet wird – mit unterdotiertem Personalbestand bedeutende Leistungen erbracht: An die 200 Spione wurden enttarnt, und die Schweiz blieb von terroristischen Anschlägen weitgehend verschont.

Pflicht des Staates

Nach dem Misserfolg der revolutionären Wirren des Jahres 1968 wurde der «Marsch durch die Institutionen» (Medien, Hochschulen usw.) angetreten. Revolutionäre Elemente wurden ausdrücklich aufgefordert, auch in der Armee zu dienen, um ihre so erworbenen Kenntnisse gegen den Staat einzusetzen. Dass das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) ebenfalls Fichen anlegte, war notwendig; immerhin wurde diese Tätigkeit schon 1977 eingestellt. Zu Anfang des Zweiten Weltkrieges, als Hitler subversive «fünfte Kolonnen» in vielen Ländern aufbaute, vertrauten wir in der Schweiz darauf, dass alle unsicheren Elemente dank «Fichen» im Falle eines Angriffes von aussen sofort interniert worden wären. Der Staat wäre seinen Pflichten nicht nachgekommen, wenn er 1968 nicht gleich gehandelt hätte.

Es ging bei solchen Erhebungen keineswegs darum, eine Opposition mundtot zu machen. Das kann nur gegen besseres Wissen behauptet werden. Selbst extremistische Elemente wurden kaum behelligt, obschon sie Gewalt anwendeten und grosse Sachwerte zerstörten.



tet werden. Selbst extremistische Elemente wurden kaum behelligt, obschon sie Gewalt anwendeten und grosse Sachwerte zerstörten.

Und heute – im Zeitalter der Entspannung?

Sicher ist es eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig, wenn Schweizer Bürger in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte bespitzelt wurden. Bundesrat und Parlament sind auch bereit, rasch und gründlich Remedur zu schaffen, wo über das Ziel hinaus geschossen wurde, und alte Zöpfe abzuschneiden, wenn diese nicht mehr gebraucht werden.

Aber sollen wir tatenlos zusehen müssen, wenn unser Rechtsstaat

mit Füssen getreten wird, das heisst, wenn je länger je mehr kriminelle Handlungen in unserem Land professionell vorbereitet und eventuell ausgeführt werden?

Demonstration für den Staatsschutz

Die erschreckende Brutalität der Ausschreitungen am Rande der Anti-Schnüffel-Demonstration vor einigen Wochen zeigt deutlich, wo der Staatsschutz heute vorbeugend eingesetzt werden muss und kann. 200 verummte Chaoten haben wie Vandalen gewütet, Autos verbrannt, Polizisten angegriffen und verletzt, Brandsätze in Häuser geschleudert, sind in Büros eingebrochen und haben Dokumente behändigt. Diese verbrecherische Aktion war nicht nur brutal, sie war auch hervorragend organisiert! Sie zielte darauf ab – leider mit teilweise Erfolg –, die Bevölkerung einzuschüchtern, zu zeigen, dass die Behörden der Gewalt gegenüber machtlos sind und die Bürger nicht mehr auf den Schutz dieses unseres Landes zählen können.

Das und nicht mehr der überholte kalte Krieg sind die modernen Bedrohungen unseres Staates und seiner Bürger.

Es ist die Ironie des Schicksals, dass am Rande einer Demonstration, an der – aus eitler Verblendung oder gutmütigem Nichtwissen – die Abschaffung des Staatsschutzes verlangt wurde, mit letzter Deutlichkeit die Notwendigkeit eines modernen Staatsschutzes vor Augen geführt wurde.



Mit Top-Research zum Erfolg.

Ohne Zweifel schneiden institutionelle Anleger im Wettstreit um Performance bestens ab... wenn sie sich Julius Bär anvertrauen.

Wir setzen Massstäbe:

- gut ausgebaute Researchabteilung mit international anerkannten Spezialisten
- langjährige Erfahrung in der institutionellen Vermögensverwaltung mit entsprechendem Leistungsausweis
- individuelle Betreuung und Berichterstattung

Wenden Sie sich für ein persönliches Gespräch an Herrn Dr. U. Baltensweiler, Tel. 01/228 54 34.

JB^{CO}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

1 8 9 0

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · Frankfurt · München · Mailand · London · New York · San Francisco
Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio